



öffentlich

Betreff:
"SICHERER HAFEN"

| | | |
|---|------------------|------------|
| Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke | Erstellungsdatum | 20.11.2018 |
| | Eingang 922: | |

| | | |
|-------------------|--|---------------|
| Beratungsfolge: | | |
| Datum der Sitzung | Gremium | Zuständigkeit |
| 05.12.2018 | Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam | Entscheidung |

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam unterstützt, wie zahlreiche andere Kommunen der Bundesrepublik die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“.

Auch Potsdam ist bereit, weiterhin Geflüchtete freiwillig aufzunehmen. Deshalb erklärt sich Potsdam offiziell zum Sicheren Hafen für Geflüchtete. Damit bekräftigt die Stadt und ihre Bevölkerung die bisher gelebte Praxis einer Willkommenskultur.

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungshilfe- und Klimaschutzpolitik, dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet und gerecht und menschenwürdig in Europa verteilt werden.

gez. Janny Armbruster
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen

gez. Pete Heuer
Fraktionsvorsitzender
SPD

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender
Die Linke

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Das Sterben auf dem Mittelmeer geht weiter. Bereits über 1.900 Menschen sind offiziell im Jahr 2018 ertrunken, viele Tausende in den vergangenen Jahren und täglich kommen weitere hinzu. Europäische Regierungen stellen zum Teil nicht nur jegliche staatliche Seenotrettung ein, sondern kriminalisieren auch die zivilgesellschaftliche Seenotrettung und verhindern ihre Arbeit.

Die zivilgesellschaftliche Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ protestiert seit geraumer Zeit gegen das Sterben im Mittelmeer und gegen die Kriminalisierung von Seenotretter*innen. Auch in unserer Stadt beteiligen sich viele Einwohner*innen an Aktionen und Demonstrationen der „Seebrücke“.

Gleichzeitig ist es wichtig zu sagen, dass Potsdam und die Potsdamerinnen und Potsdamer in den vergangenen Jahren enorme Anstrengungen unternommen haben und weiterhin unternommen werden, um Geflüchtete beim Ankommen zu unterstützen.



- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
18/SVV/0878

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Betreff: Konkrete Maßnahmen zur Schaffung eines „sicheren Hafens“ in Potsdam

Erstellungsdatum 03.12.2018

Eingang 922:

| Beratungsfolge: | | Empfehlung | Entscheidung |
|-------------------|-----------------------------|------------|--------------|
| Datum der Sitzung | Gremium | | |
| 05.12.2018 | Stadtverordnetenversammlung | | x |

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Drucksache 18/SVV/0878 wird wie folgt ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich aktiv für die Seenotrettung geflüchteter Menschen auf dem Mittelmeer einzusetzen:

1. durch die zusätzliche Aufnahme von weiteren Geflüchteten in Potsdam,
2. durch Initiativen, die sich im Rahmen des Deutschen Städtetages für die Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur erleichterten Aufnahme von Flüchtlingen durch Bund und Länder einsetzen,
3. durch Solidaritätsbekundungen mit Seenotretter*innen und durch die Würdigung des Engagements der Aktivist*innen, die ehrenamtlich auf NGO-Schiffen unterwegs sind,
4. durch die öffentliche Übernahme einer Patenschaft für eine Mission der Seenotrettung,
5. durch die persönliche Begrüßung ankommender Geflüchteter der Schiffsmission,
6. durch die Anweisung an die Ausländerbehörde Potsdam, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Geflüchteten in Potsdam dauerhafte legale Aufenthalts- und Lebensperspektiven zu schaffen,
7. durch Veröffentlichung aller diesbezüglichen Aktivitäten, damit Potsdam als „sicherer Hafen“ bekannt wird.

Begründung:

Seit Monaten spielt sich im Mittelmeer vor unseren Augen eine menschliche Katastrophe ab. Bis November sind 2018 bereits mehr als 1.500 Menschen auf der Flucht ertrunken, darunter viele Kinder. Die Dunkelziffer ist seit den fehlenden Rettungsaktionen um einiges höher. Jeder fünfte geflüchtete Mensch findet bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, statt Hilfe den Tod.

Die Unterstützer*innen der Seebrücke Potsdam und viele in der Flüchtlingshilfe der Stadt engagierte Bürger*innen wollen diesem menschenverachtenden Treiben nicht länger zusehen und fordern deshalb die Landeshauptstadt Potsdam zum aktiven Handeln für Menschenrechte und für die Rettung von Menschen auf, die in Seenot geraten sind.

In Potsdam gibt es genug Raum und Möglichkeiten, um in Seenot geratene Menschen aufzunehmen und zu versorgen. Als weltoffene und solidarische Stadt sollte Potsdam gemeinsam mit anderen Städten in Deutschland als positives Vorbild vorangehen und die Bundesregierung und andere Städte zum Handeln bewegen.

Katharina Tietz und André Tomczak
Fraktionsvorsitzende